

Gebot der Stunde: gemeinsames Vorgehen

Der Ausgang der Volksabstimmung über den Friedensplatz in Bozen ist zweifellos ein Rückschlag für das Zusammenleben der beiden Volksgruppen, sollte aber nicht überbewertet werden.

Trotz allem oder gerade deswegen müssen die Bemühungen um eine verstärkte Zusammenarbeit auf politischer Ebene fortgesetzt werden. Es gibt schließlich größere Probleme als den Streit um die Benennung eines Platzes, obwohl er natürlich Wasser auf der Mühle des rechten Lagers ist. und zwar ..hüben wie drüben“

Wenn wir die allgemeine politische Lage und den Stand der Demokratie in Südtirol im besonderen betrachten, dann ist Handlungsbedarf angesagt. Das reformistische Lager muss unbedingt gestärkt werden, um ein ausreichendes Gegengewicht und eine klare Alternative zur übermächtigen, rechtskonservativen SVP zu bilden.

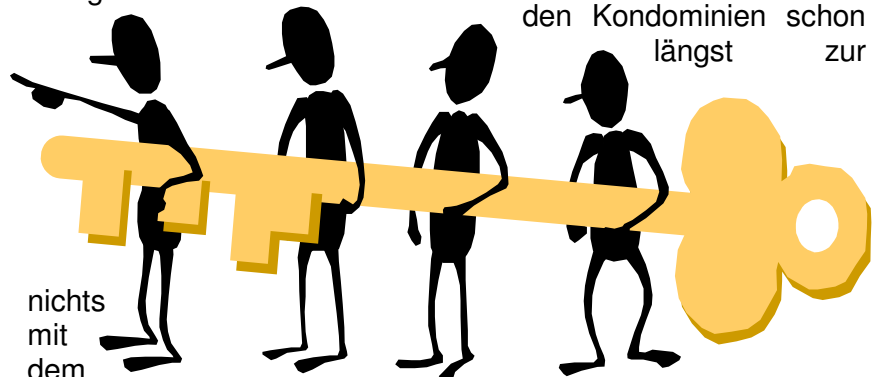
mit diesen Kräften nicht nur auf die deutsche Volksgruppe beschränkt werden kann, sondern auch die italienische Seite einschließen muss, wenn das Projekt Erfolg haben und eine neue Dimension erhalten soll.

Ein solches sprachgruppenübergreifendes Bündnis hat

Land leben und weitgehend die gleichen Probleme und Anliegen haben. Zehn Jahre nach dem Paketabschluss ist es an der Zeit, zu politischen Normalität zu finden. Was in der Wirtschaft, im Sozialbereich, im Sport, in der öffentlichen Verwaltung, in den Verbänden und in Tausenden Kondominien schon längst zur

Gemeinsames Vorgehen Gebot der Stunde

Ein gemeinsames Vorgehen mit uns nahestehenden Kräften war und ist ein Gebot der Stunde. Die neue DPS-Führung hat bereits 1999 erste Kontakte geknüpft. Im Frühjahr dieses Jahres wurden diese Gespräche wieder aufgenommen und seit dem Sommer intensiviert. Es hat sich dabei allmählich die Überzeugung gebildet, dass ein gemeinsames Vorgehen



nichts mit dem ideologisch befrachteten Begriff „Interethnizität“ zu tun, die für uns kein Ziel politischen Handelns sein kann. Vielmehr geht es um die pragmatisch ausgerichtete Zusammenarbeit zwischen Deutschen, Italienern und Ladinern, die im gleichen

Selbstverständlichkeit gehört, sollte doch auch im parteipolitischen Raum möglich sein. Die Grünen haben uns gezeigt, dass eine solche Zusammenarbeit praktikabel ist, ohne dass die eine oder andere Gruppe benachteiligt wird.

Gespräche mit den Grünen und DS

Was nun das konkrete Parteienspektrum anbelangt, führen wir zur Zeit Gespräche mit den Grünen und mit den **italienischen Sozialdemokraten „DS“**, mit denen es viele Gemeinsamkeiten und Berührungspunkte gibt, wenn auch bei uns das liberale Gedankengut und der Reformgeist einen besonderen Gewicht haben. Wie es nicht anders sein kann, gibt es in einigen

Punkten noch Divergenzen, die noch aufgearbeitet werden müssen.

Zu dieser gemeinsamen Plattform sollen außerdem noch ehemalige Exponenten der SVP, prominente wie weniger prominente eingeladen werden, die sich von der SVP losgesagt haben oder auf kritische Distanz gegangen sind, wobei wir natürlich in erster Linie an solche des sozialen Flügel denken. Auf

diese Weise ließe sich ein breites ökosozialliberales Bündnis erreichen, das eine echte Alternative zu der heute weitgehend rechtslastigen und autoritären SVP bilden könnte.

Wir können uns allerdings nicht vorstellen, mit **Rifondazione Comunista** in einem festen Bündnis zusammenzuarbeiten, da wir überzeugt sind, dass eine klare Abgrenzung nicht nur zur extremen Rechten sondern auch zur extremen Linken notwendig ist.

Die angepeilte gemeinsame politische Plattform soll nicht ein eng gefasstes Parteiengebilde werden, sondern einen offenen Kristallisationspunkt bilden, zu dem auch parteipolitisch ungebundene Gleichgesinnte aus dem vorpolitischen Raum zur Mitarbeit eingeladen werden sollen. Wir denken dabei an politisch interessierte Einzelpersonen, an Exponenten der Verbände und Gewerkschaften, der Wirtschaft, der Verwaltung und des Geisteslebens.

Wir haben mit unseren Gesprächspartnern vereinbart, dass der Startschuss für diese gemeinsame Plattform noch vor Jahresende in Form einer Absichtserklärung fallen soll und hoffen, dass wir bis dahin in allen wesentlichen

Punkten einigen können. Von diesem Zeitpunkt an sollen den interessierten Persönlichkeiten aus dem vorpolitischen Raum die Türen geöffnet und zu aktiver Mitarbeit eingeladen werden. Gemeinsam mit ihnen wollen wir dann bis zum Frühjahr 2003 ein gemeinsames Wahlprogramm ausarbeiten und ein Listenbündnis bzw. eine gemeinsame Liste bilden.

Karl Berger
Sprecher DPS

Ralf Dahrendorf
Drei Kernfragen für die Beurteilung der Demokratie in einem Lande:

1. *Wie können wir in einer Gesellschaft Veränderung ohne Gewalt herbeiführen?*
2. *Wie können wir mit Hilfe eines Systems von „checks and balances“ die Machtausübenden kontrollieren und sicherstellen, daß sie ihre Macht nicht mißbrauchen?*
3. *Wie kann das Volk, wie können alle Bürger an der Ausübung der Macht mitwirken?“*

WWF in der Zwickmühle – Ausweg in Sicht!

Der Südtiroler WWF ist in der Zwickmühle. Nachdem die Landesregierung die Mittel für die Vereinstätigkeit drastisch gekürzt und dies mit der Tatsache begründet hat, dass sich der WWF erfrecht habe, gegen die Maßnahmen der Landesregierung zu rekurrieren, sucht man nun massiv nach einem Ausweg aus dem Dilemma.

Vor kurzem hat das Beratungsunternehmen Schlau & Maier einige Vorschläge vorgelegt, wie der WWF in Zukunft seine Tätigkeiten gestalten kann, ohne mit der Landesregierung in Konflikt geraten.

Als aussichtsreichste Variante wird im Bericht von Schlau & Maier die Beantragung einer Buschenschanklizenz oder die Gründung einer Volkstanzgruppe dargestellt. Damit sei es am besten möglich, sich Tätigkeiten zuzuwenden, die bei der löblichen Landesregierung Gefallen erregen und bezuschusst werden können. Da der Namen WWF einschlägig belastet sei, empfehlen die Berater überdies einen Namenswechsel.

Die Wahrnehmung umwelt- und naturschützerischer Aktivitäten – so das Bozner Beratungsunternehmen – müsse auf jeden Fall unterbleiben, weil man dadurch automatisch in Konflikt mit der Landesregierung gerate und in der Folge die Existenzberechtigung des Vereins nicht mehr als gegeben zu betrachten sei.

Weitere Informationen erhalten Sie direkt bei der Fa. Schlau & Maier (0471 304 000).

Zum Thema: Zivilcourage

In dieser Ausgabe

Hans Heiss

Was verstehen Sie unter Zivilcourage?

Zivilcourage ist das aktive Eintreten Einzelner für Anliegen, die persönlicher Überzeugung und reflektierter Einsicht entspringen und mit der Mehrheitsmeinung nicht konform gehen. Die Anliegen müssen demokratischen Zielen und Werten gelten und gegen Widerstände öffentlich vertreten werden.

Wie ist es in Südtirol um die Zivilcourage bestellt?

Zivilcourage ist in Südtirol aufgrund der Gruppenorientierung der regionalen Gesellschaft nicht sehr ausgeprägt, ist aber häufiger als man denken könnte - etwa im Bereich des sozialen Engagements, der politischen Bewegungen, der Bürgerinitiativen oder der Gemeinden. Vorbildhaft sind etwa der frühere Caritas-Direktor Kripp oder Frauen wie Lidia Menapace.

Wie halten Sie's mit der Zivilcourage?

Von meiner Persönlichkeit und Sozialisation her tendiere ich zur Ausgewogenheit und Konzilianz, auch zu einer gewissen Ängstlichkeit, nehme mir aber mitunter die Freiheit zu öffentlichem Engagement und Stellungnahme.

Hans Heiss, Jahrgang 1952, ist Historiker, stellvertretender Leiter des Südtiroler Landesarchivs und ist, bzw. war Lehrbeauftragter an den Universitäten Mailand, Trient und Innsbruck. Zahlreiche Publikationen, vor allem zur Regionalgeschichte Tirols: Zeitgeschichte, Geschichte des Bürgertums, Stadt- und Tourismusgeschichte (http://www.provinz.bz.it/sla/d/persoerliche_homepages/hans_heiss.htm).

Hans Heiss ist verschiedentlich mit couragierten Stellungnahmen zur aktuellen Situation in Südtirol an die Öffentlichkeit getreten.

IMPRESSUM

Eigentümer:

Demokratische Partei Südtirol,
Partschins, P.Mitterhoferstrasse 2

Herausgeber: Dr.Karl Berger,
Bozen, Max Valier Strasse 18

Layout: Dr. Roland Girardi
Sarnthein, Burgfrieden 20

Presserechtlich verantwortlich:
Wolfgang Mayr, Eppan

Druck: INGRAF- Auer

SPENDENAUFBRUF!

Da die Herausgabe des AUFWIND und die Errichtung einer INTERNET-Seite Geld kostet, erlauben wir uns, liebe **LeserInnen**, um eine **Spende** zu bitten. Gleichzeitig ersuchen wir die **Mitglieder** auch um die Zahlung des **Jahresbeitrages** von

€ 25

Kto: 1.700 Südt.Sparkasse
ABI 6045 CAB 11601

SPRÜCHE UND ZITATE

„Wir haben soviel Sozialstaat aufgebaut , dass er unsozial geworden ist“. **Roman Herzog**

Siegfried Lenz in „Deutschstunde“:

„Die große Beschränktheit, zu der Heimatsinn verleitet, liegt wohl darin, dass man sich für zuständig hält, auf alle Fragen zu antworten: Hochmut der Enge.....“



Ralf Dahrendorf: „Volksentscheide sind die Folge der zunehmenden Schwäche der zwischen Volk und Macht vermittelnden, intermediären Instanzen“.



Globalisierung



**Die Politik soll sich zurückziehen, dann bestehen Chancen für die Südtiroler Wirtschaft.
Die besten Köpfe sind gefragt, nicht das „beste“ Parteibuch!**

Unter Globalisierung verstehen wir die weltumspannende Verflechtung des Wirtschaftslebens, die zur Herausbildung eines einzigen, den gesamten Erdball umfassenden Marktes führt.

Die rasche Entwicklung im Informationssektor ermöglichte der Globalisierung einen rasanten Aufstieg. Die Finanztransaktionen wachsen von Jahr zu Jahr, in den letzten Jahren konnten wir eine Fusionswelle feststellen, die die Großkonzerne herausbildete, die die Finanzkraft mancher westeuropäischer Volkswirtschaften übertreffen. Als unumstritten können wir den Globalisierungsprozess nicht bezeichnen, das haben wir in letzter Zeit oft feststellen können (bspw. in Genua). Das grundsätzliche Problem der Globalisierung ist die voll-

kommene

Uneingeschränktheit.

Viele fordern, dass die Globalisierung eingeschränkt werden sollte. Vielmehr sollte der Globalisierung ein Rahmen gesetzt werden indem sie sich frei bewegen darf. Viele Staaten wollen wahrscheinlich aus Angst vor Machtverlust nicht verstehen, dass diese internationalen Probleme nicht national gelöst werden können.

Jeder ist davon betroffen, natürlich auch Südtirol. Von der Landwirt-

auch Südtirol ist von der Globalisierung betroffen

schaft bis zum Dienstleistungssektor, vom Bergbauern bis hin zum Industrieunternehmer.

In den letzten Jahren konnten wir feststellen, dass auch zahlreiche Südtiroler Unternehmen ins Aus-

land expandieren. Wir konnten aber auch feststellen, dass Südtiroler Unternehmen auswandern. Für viele Unternehmer ist der Standort Südtirol scheinbar nicht so attraktiv, wie unsere politische Führung behauptet oder glauben will. Vor einigen Jahren wäre dieser Prozess so nicht möglich gewesen. Durch die Globalisierung und den zunehmenden Konkurrenzdruck, müssen die Südtiroler Unternehmer sehen, wie sie der Konkurrenz vor allem aus den sog. Billiglohnländern standhalten und die ultima ratio ist oftmals nur mehr das Auswandern in umliegende Regionen. Ausschlaggebend für die Auswanderung ist vor allem, das wirkliche Fehlen einer marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftspolitik, das Fehlen von

Arbeitskräften, mer vermehrter in den Südtiroler Markt ein und stehen den Südtiroler Produkten in Sachen Qualität um nichts nach.

Um dem globalen Wettbewerb standzuhalten, bedarf es in Südtirol den Rückzug der Politik aus der Wirtschaft, bzw. aus jenen zum Teil öffentlichen Organisationen, die die Aufgabe hätten, in Richtung Wirtschaftsförderung, Marketing, ... zu arbeiten. Es sollte eine Politik der besten Köpfe nicht des „besten“ Parteibuches geführt werden.

der Globalisierung kann sich niemand entziehen

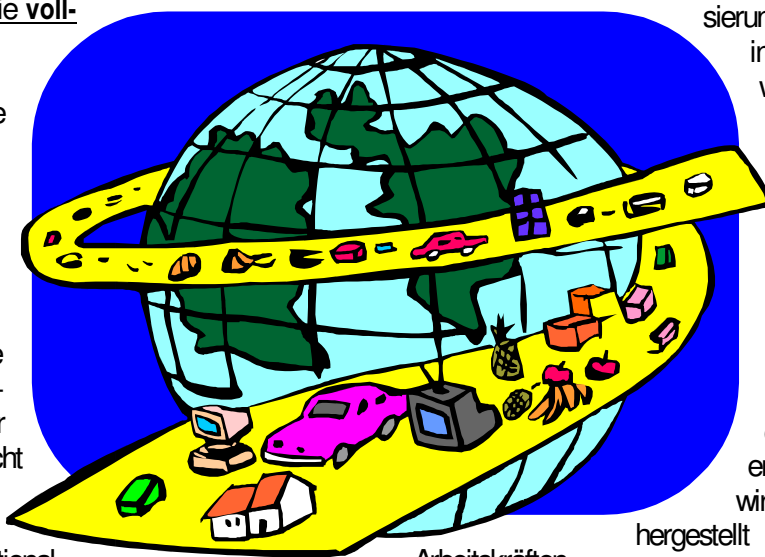
Der Globalisierung kann sich niemand entziehen, jener der es versucht, hat von vornherein verloren.

Um zu den Gewinnern der Globalisierung zu zählen bedarf es in Südtirol eines wahren, in Taten umgesetztes, Bekenntnis zur Qualität, nicht nur halbherziger Lippenbekenntnisse.

Hausgemachte bürokratische Hürden müssen aus dem Weg geschafft werden und es muss eine ernstgemeinte marktwirtschaftliche Ordnung hergestellt werden, die Unternehmen vor allem aus den umliegenden Regionen bzw. aus dem Ausland anziehen würde.

Die vielen Probleme die nach objektiven Maßstäben die Globalisierung verursacht, können von Südtirol aus auch nicht ansatzweise gelöst werden. Dazu bedarf es einer internationalen Lösung. Zweifelsohne ist die Globalisierung für alle ein Chance, sie muss nur richtig genützt werden.

Armin Zagler



Arbeitskräften, eine falsche - ungezielte Förderungspolitik (die auch dazu beiträgt, dass sich wenige Unternehmen der „new economy“ bilden bzw. anziehen) und ein logistischer Nachteil gegenüber einiger unseren Nachbarregionen.

Wir spüren in Südtirol nicht nur im Bereich Industrie oder Handel die Globalisierung, sondern auch bspw. in der Landwirtschaft. Produkte aus dem Ausland treten im-